

Anja Heidelberger

Die Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz

Psychologische und soziale Einflüsse auf
die Abstimmungsneigung



Nomos

Politik und Demokratie in den kleineren Ländern Europas

Politics and Governance in the Smaller European Democracies

Herausgegeben von

Prof. Dr. Ludger Helms

Prof. Dr. Hans Keman

Prof. Dr. Hanspeter Kriesi

Prof. Dr. Anton Pelinka

Prof. Dr. Alexander Trechsel

Prof. Dr. Adrian Vatter

Band 15

Anja Heidelberger

Die Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz

Psychologische und soziale Einflüsse auf
die Abstimmungsneigung



Nomos

Inauguraldissertation zur Erlangung der Würde eines Doctor rerum socialium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Bern.

Die Fakultät hat diese Arbeit am 25. August 2016 auf Antrag der beiden Gutachter Prof. Dr. Adrian Vatter und Prof. Dr. Georg Lutz als Dissertation angenommen, ohne damit zu den darin ausgesprochenen Auffassungen Stellung nehmen zu wollen.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Bern, Univ., Diss., 2016

ISBN 978-3-8487-4166-3 (Print)

ISBN 978-3-8452-8378-4 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Vorwort

Die vorliegende Dissertation habe ich im Rahmen meiner wissenschaftlichen Assistenz­­tätigkeit am Lehrstuhl für Schweizer Politik des Instituts für Politikwissenschaft der Universität Bern verfasst. Zahlreiche Personen haben zum Gelingen dieses Projekts beigetragen, ihnen möchte ich entsprechend in diesem Vorwort danken.

Ein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Adrian Vatter, dessen Vertrauen, Unterstützung und konstruktive Kritik die Grundlage für eine erfolgreiche Dissertation gelegt haben. Ich habe es sehr geschätzt, dass er mir grosse wissenschaftliche Freiheit liess, gleichzeitig jedoch immer eine offene Türe und ein offenes Ohr für mich hatte. Überaus dankbar bin ich ihm und Markus Freitag auch dafür, dass sie die Umfrage „Politik und Gesellschaft in der Schweiz“ finanziert haben, auf welcher meine Dissertation beruht. Ohne diesen finanziellen Einsatz wäre mein Projekt in dieser Art nicht durchführbar gewesen. Bei meinem Zweitgutachter Georg Lutz möchte ich mich herzlich für seine wertvollen Inputs und kritischen Anmerkungen bedanken. Den Mitarbeitenden von gfs.bern, insbesondere Claude Longchamp und Martina Mousson, danke ich für die gute Zusammenarbeit im Rahmen der PuGS-Datenerhebung.

Ein spezieller Dank für ihre tatkräftige Unterstützung, ihre Geduld und ihre Freundschaft gebührt meinen langjährigen Bürokolleginnen und -kollegen Julian Bernauer, Debora Scherrer und Rolf Wirz. Ohne Euch wäre die Zeit am Institut nur halb so spannend gewesen! Für ihr sorgfältiges Korrekturlesen und die kritischen Anmerkungen danke ich Christine Büchler, Antoinette Feh Widmer, Marlène Gerber, Sean Müller, Debora Scherrer und Rolf Wirz. Überdies danke ich Marc Bühlmann, Dominique Oehrli, Maximilian Schubiger sowie Christine Büchler und Adis Merdzanovic für viele spannende theoretische, empirische und nicht-akademische Diskussionen. Ganz allgemein möchte ich allen Mitarbeitenden am Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern meinen Dank aussprechen. Einerseits haben ihre konstruktiven Kommentare zum Beispiel im Rahmen des Institutskolloquiums die Qualität meiner Dissertation deutlich verbessert, andererseits hat mich die freundschaftliche und ungezwungene Atmosphäre am Institut immer motiviert.

Abschliessend möchte ich meiner Familie danken – Susanne, Bernhard, Cyril und Nelly –, ohne die diese Dissertation nicht möglich gewesen wäre. Vielen herzlichen Dank dafür, dass Ihr mich bei all meinen Vorhaben immer unterstützt habt!

Watt, im August 2017

Anja Heidelberger

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	17
1.1	Definition der Abstimmungsbeteiligung	18
1.2	Relevanz der Forschung zur Abstimmungsbeteiligung	19
1.2.1	Inwiefern ist Beteiligung von Individuen relevant?	20
1.2.2	Inwiefern sind Beteiligungsunterschiede zwischen den Individuen relevant?	22
1.2.3	Vor- und Nachteile der Untersuchung der Abstimmungsbeteiligung anhand der Schweiz	26
1.3	Forschungsstand	27
1.3.1	Internationaler Forschungsstand zur Beteiligung an direktdemokratischen Abstimmungen	27
1.3.2	Beteiligungsforschung bei direktdemokratischen Abstimmungen in der Schweiz	34
1.4	Forschungslücke und Forschungsfragen	53
1.4.1	Forschungslücken	53
1.4.2	Forschungsfrage	56
1.4.3	Ausblick	57
2	Theorie	59
2.1	Konzeptspezifikation: Was ist die Abstimmungsneigung?	59
2.2	<i>Why don't people participate?</i>	62
2.2.1	<i>Because they don't want to:</i> Der sozialpsychologische Ansatz	64
2.2.2	<i>Because nobody asked:</i> Der mikrosoziologische Ansatz, der Netzwerkansatz und die Sozialkapitaltheorie	87
2.2.3	<i>Because they can't:</i> Der <i>Rational-Choice</i> -Ansatz	116
2.2.4	Zwischenfazit zur theoretischen Erklärung der Abstimmungsneigung	121
2.3	<i>Why don't they want to participate?</i>	126
2.3.1	Persönlichkeit: Das eigenschaftspsychologische Konzept der <i>Big Five</i>	127
2.3.2	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und politischem Verhalten	130

Inhaltsverzeichnis

2.3.3	Zusammenhang zwischen den <i>Big Five</i> und der Abstimmungsneigung	140
2.3.4	Zwischenfazit zum theoretischen Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Abstimmungsneigung	154
3	Forschungsdesign	159
3.1	Der PuGS-Datensatz	159
3.2	Fragebogen und Probleme des Umfrage-Designs	161
3.2.1	<i>Overrepresentation</i>	161
3.2.2	<i>Misreporting</i> und soziale Erwünschtheit	162
3.3	Datenaufbereitung	163
3.3.1	Verwendete Daten	164
3.3.2	Behandlung der fehlenden Werte	164
3.3.3	Gewichtung zur Korrektur der <i>overrepresentation</i>	167
3.4	Operationalisierung	175
3.4.1	Operationalisierung der abhängigen Variable: Die Abstimmungsneigung	175
3.4.2	Operationalisierung der traditionellen Determinanten der Abstimmungsneigung	177
3.4.3	Operationalisierung der Persönlichkeit	185
3.5	Die Methoden der Datenauswertung	188
3.5.1	Cluster-Analysen	189
3.5.2	Strukturgleichungsmodelle	190
4	Deskriptive Statistik: Wer sind die Nichtstimmenden?	197
4.1	Die selbstberichteten Motive zur Nichtbeteiligung	197
4.2	Welche Beteiligungsgruppen können zu den Nichtstimmenden gezählt werden?	205
4.3	Die Nichtstimmenden als heterogene Gruppe	212
4.3.1	Operationalisierung	215
4.3.2	Die Nie-Stimmenden	217
4.3.3	Die Selten- und Nicht-Stimmenden	224
4.3.4	Die Cluster der Nichtstimmenden und die Persönlichkeit	233
4.4	Zwischenfazit: Wer sind die Nichtstimmenden?	235
5	Einfluss der traditionellen Determinanten auf die Abstimmungsneigung	237
5.1	Theoretische Erklärungsfaktoren der endogenen Variablen	238

5.2	Spezifizierung des Gesamtmodells	282
5.2.1	Einzelmodelle	282
5.2.2	Modifikationen des Strukturgleichungsmodells	285
5.3	Gesamtmodell	296
5.3.1	Direkte und indirekte Effekte auf die Abstimmungsneigung	296
5.3.2	Totale Effekte auf die Abstimmungsneigung	355
5.4	Plausibilitätstests zum Gesamtmodell	365
5.4.1	Vergleich des (reziproken) Gesamtmodells M_{gesamt} und des nicht reziproken Modells M_{nr}	365
5.4.2	Vergleich des Gesamtmodells M_{gesamt} und des Modells ohne korrelierte Residuen M_{korrRes}	369
5.4.3	Vergleich des gewichteten mit dem ungewichteten Gesamtmodell	372
5.5	Zwischenfazit zu den traditionellen Determinanten der Abstimmungsneigung	376
6	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Abstimmungsneigung	383
6.1	Theoretische Zusammenhänge der Persönlichkeit	384
6.2	Gesamtmodell mit Persönlichkeitseigenschaften	394
6.2.1	Direkte Effekte auf die endogenen Variablen	395
6.2.2	Direkte, indirekte und totale Effekte auf die Abstimmungsneigung	406
6.2.3	Moderatoreffekt auf den Zusammenhang zwischen der Abstimmungsneigung und ihren Determinanten	416
6.3	Zwischenfazit zu Persönlichkeit und Abstimmungsneigung	426
7	Fazit	429
7.1	Hauptresultate	429
7.1.1	Hauptresultate zu den Nichtstimmenden	429
7.1.2	Hauptresultate zum Einfluss der traditionellen Determinanten auf die Abstimmungsneigung	431
7.1.3	Hauptresultate zum Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Abstimmungsneigung	433

Inhaltsverzeichnis

7.2	Schlussfolgerungen	436
7.2.1	Methodologische Erkenntnisse	436
7.2.2	Inhaltliche Erkenntnisse	441
7.2.3	Demokratiethoretische und praktische Erkenntnisse	448
7.2.4	Ausblick	450
	Literaturverzeichnis	453
	Anhang	495

Abbildungsverzeichnis

2.1	Theoretisches Modell der traditionellen Determinanten der Abstimmungsneigung	122
2.2	Das Modell von Mondak et al. (2010): Zusammenhang zwischen biologischen Faktoren, Persönlichkeit und politischem Verhalten	131
2.3	Theoretisches Modell zum Zusammenhang zwischen genetischen Prädispositionen, Persönlichkeitsmerkmalen und politischem Verhalten	137
2.4	Theoretisches Modell der Zusammenhänge zwischen biologischen Wirkungsmechanismen, Persönlichkeitsmerkmalen und den Determinanten der Abstimmungsneigung	155
3.1	Ungewichtete und gewichtete Beteiligungsneigung (Zufallsstichprobe)	174
3.2	Ungewichtete und gewichtete Beteiligungsneigung (vollständiger Datensatz)	175
3.3	Modell eines Pfaddiagramms	191
4.1	Mittelwerte verschiedener Determinanten der Abstimmungsneigung nach Beteiligungsgruppen	207
4.2	<i>Clusteranalyse</i> der verschiedenen Beteiligungsgruppen: Dendrogramm	208
4.3	Vergleich der verschiedenen Cluster und Grundgesamtheiten	226
4.4	Vergleich der Werte der Persönlichkeitsmerkmale für die verschiedenen Cluster und Grundgesamtheiten	234
5.1	Interaktionseffekte des Alters und des Geschlechts auf das politische Wissen	303
5.2	Interaktionseffekte des Alters und des Geschlechts auf die Wahlnorm	308
5.3	Quadratische Interaktionseffekte des Alters und des Geschlechts auf die Arbeitstätigkeit	339
5.4	Quadratische Interaktionseffekte des Alters und des Geschlechts auf die Bildung	343
5.5	Graphische Darstellung der quadratischen indirekten Effekte des Alters auf die Abstimmungsbeteiligung	348

Abbildungsverzeichnis

5.6	Interaktionseffekte des Alters und des Geschlechts auf die Abstimmungsneigung	351
5.7	Empirisches Modell der traditionellen Determinanten der Abstimmungsneigung	379
6.1	Interaktionseffekte des Pflichtgefühls	418
6.2	Interaktionseffekte der Empathie und der Konfliktaversion	420
6.3	Interaktionseffekte des Explorationsverhaltens und der kognitiven Fähigkeiten	422
6.4	Interaktionseffekte des Annäherungsverhaltens und des Rückzugverhaltens	423
6.5	Zusätzliche relevante Interaktionseffekte	424
6.6	Empirisches Modell der Persönlichkeit und der traditionellen Determinanten der Abstimmungsneigung	428
A5.7	Durchschnittliche jährliche Abstimmungsbeteiligung in den Kantonen in Prozent	516

Tabellenverzeichnis

1.1	Prozentuale Anteile der Gruppen der Nie-, Selektiv- und Immer-Stimmenden	51
2.1	Hypothesen zu den traditionellen Einflussfaktoren der Abstimmungsneigung	123
2.2	Heritabilitätswerte von Persönlichkeitseigenschaften	133
2.3	Heritabilitätswerte des sozialen und politischen Verhaltens	135
2.4	Hypothesen zu den Zusammenhängen zwischen biologischen Wirkungsmechanismen, Persönlichkeit und traditionellen Determinanten der Abstimmungsneigung	156
3.1	Messung der sozialen Erwünschtheit	163
3.2	Spezifikationen der Imputation der fehlenden Werte	165
3.3	Differenzen zwischen den Korrelationen der imputierten und nicht imputierten Werte	167
3.4	Vergleich der gewichteten und ungewichteten Mittelwerte	172
3.5	Vergleich der gewichteten und ungewichteten prozentualen Anteile	173
3.6	Faktorenanalyse des politischen Interesses	178
3.7	Faktorenanalyse des politischen Vertrauens	179
3.8	Messung der <i>Big Five</i>	187
3.9	Rotierte Faktorladungen zur Persönlichkeit	188
4.1	Selbstberichtete Gründe für die Nichtteilnahme an Abstimmungen	199
4.2	Selbstberichtete Gründe für die Nichtteilnahme an Wahlen	201
4.3	Perzeption von Stimmen und Wählen im Vergleich	202
4.4	Selbstberichtete Verbesserungsmöglichkeiten	203
4.5	Nennung von Verbesserungsmöglichkeiten in Prozent	204
4.6	Selbstberichtete Gründe für die Nichtteilnahme an Abstimmungen nach Beteiligungsclustern	210
4.7	Verwendete Erklärungsvariablen der Abstimmungsbeteiligung	216
4.8	Faktorenanalyse zur Identifikation der relevanten Faktoren für die Clusteranalyse	217
4.9	Clustervergleich: Nie-Stimmende	219
4.10	Vergleich der Clusterlösungen der verschiedenen Datensätze	225
4.11	Die gewichteten Anteile der verschiedenen Cluster an den Grundgesamtheiten in Prozent	232

Tabellenverzeichnis

5.1	Theoretische Determinanten des politischen Interesses	240
5.2	Theoretische Determinanten des politischen Vertrauens	244
5.3	Theoretische Determinanten des politischen Wissens	248
5.4	Theoretische Determinanten der Parteinähe	251
5.5	Theoretische Determinanten der Wahlnorm	254
5.6	Theoretische Determinanten des sozialen Vertrauens	258
5.7	Theoretische Determinanten der Links-Rechts- Selbstpositionierung	261
5.8	Theoretische Determinanten des Postmaterialismus	262
5.9	Theoretische Determinanten der ideologischen Extremität	264
5.10	Theoretische Determinanten des Kirchgangs	265
5.11	Theoretische Determinanten der Netzwerkeinbindung	267
5.12	Theoretische Determinanten der Vereinseinbindung	270
5.13	Theoretische Determinanten der Häufigkeit politischer Diskussionen in einem Netzwerk	272
5.14	Theoretische Determinanten der Häufigkeit politischer Beteiligung in einem Netzwerk	274
5.15	Theoretische Determinanten des Einkommens	274
5.16	Theoretische Determinanten des Zivilstands	276
5.17	Theoretische Determinanten der Haushaltsgrösse	277
5.18	Theoretische Determinanten der Arbeitstätigkeit	277
5.19	Theoretische Determinanten des Arbeitswegs	279
5.20	Theoretische Determinanten der Ortsansässigkeit	280
5.21	Theoretische Determinanten der Bildung	281
5.22	Theoretische Determinanten der Beteiligung des Vaters	282
5.23	Das Messmodell: Modell 1	284
5.24	Modellvergleich: Die Determinanten der endogenen Variablen	288
5.25	Modellvergleich: leere, einseitige und reziproke Modelle	292
5.26	Instrumentenvariablen für direkte reziproke Effekte	295
5.27	Gesamtmodell (M_{gesamt})	311
5.28	Indirekte Effekte des Gesamtmodells (M_{gesamt})	329
5.29	Vorhergesagte Beteiligungsneigungen für Altersgruppen und Geschlechter	352
5.30	Durchschnittliche Beteiligung in den Sprachregionen	353
5.31	Totale Effekte des Gesamtmodells (M_{gesamt})	359

5.32	Unterschiedliche Zusammenhänge einzelner Variablen im Gesamtmodell M_{gesamt} und im Modell ohne reziproke Effekte M_{nr}	366
5.33	Vergleich der totalen Effekte zwischen Gesamtmodell M_{gesamt} und nicht reziprokem Gesamtmodell M_{nr}	367
5.34	Vergleich der totalen Effekte zwischen Gesamtmodell M_{gesamt} und einem Modell ohne korrelierte Residuen $M_{korrRes}$	370
5.35	Vergleich der totalen Effekte zwischen Gesamtmodell M_{gesamt} und ungewichtetem Modell M_{ungew}	373
6.1	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und politischem Interesse	385
6.2	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und politischem Wissen	386
6.3	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Parteinähe	388
6.4	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Postmaterialismus	388
6.5	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und ideologischer Extremität	389
6.6	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Kirchengangshäufigkeit	390
6.7	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Netzwerk- und Vereinseinbindung	390
6.8	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Netzwerkeigenschaften	391
6.9	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und Bildung	392
6.10	Zusammenhang zwischen Persönlichkeit und sozialer Erwünschtheit	393
6.11	Nicht reziprokes Gesamtmodell mit Persönlichkeit ($M_{pers:nr}$)	397
6.12	Direkte empirische Zusammenhänge zwischen Persönlichkeit, biologischen Mechanismen, der Abstimmungsneigung und ihren Determinanten	405
6.13	Indirekte Effekte des Gesamtmodells (M_{gesamt})	409
6.14	Totale Effekte des nicht reziproken Gesamtmodells mit Persönlichkeit ($M_{pers:nr}$)	414
A3.1	Deskriptive Statistik der verwendeten Variablen	495
A3.2	Fehlende Werte	496
A3.3	Formulierung der Fragen im PuGS-Fragebogen	498
A4.1	Clustervergleich: Selten-Stimmende	504

Tabellenverzeichnis

A4.2	Clustervergleich: Nichtstimmende	506
A5.1	Determinanten der Variablen der psychologischen Einbindung in die Politik: Modelle 2-6	508
A5.2	Determinanten der Werteveriablen: Modelle 7-11	509
A5.3	Determinanten der Netzwerkvariablen: Modelle 12-15	511
A5.4	Determinanten der Variablen zu den Lebensumständen: Modelle 16-21	512
A5.5	Determinanten der fixen Variablen und Kontrollvariablen: Modelle 22-26	513
A5.6	Gewichtete OLS-Modelle	514
A5.7	Konfirmatorische Faktorenanalyse für den Faktor 'Einbindung in die Politik'	515
A5.8	Das nicht reziproke Modell M_{nr}	517
A5.9	Das Modell ohne korrelierte Residuen $M_{korrRes}$	521
A5.10	Das ungewichtete Modell M_{ungew}	525
A6.1	Gewichtete OLS-Regressionen zur Gewissenhaftigkeit	529
A6.2	Gewichtete OLS-Regressionen zur Verträglichkeit I	530
A6.3	Gewichtete OLS-Regressionen zur Verträglichkeit II	531
A6.4	Gewichtete OLS-Regressionen zu verschiedenen Persönlichkeitsmerkmalen	532
A7.1	Totale Effekte des Gesamtmodells (M_{gesamt}) auf das politische Interesse	533

1. Einleitung

“Unequal participation spells unequal influence – a major dilemma for representative democracy” (Lijphart, 1997, 1). Mit dieser Aussage fasst Lijphart die Relevanz der Beteiligungsforschung zusammen und verdeutlicht, weshalb die Analyse der Partizipationsgründe¹ und -unterschiede ein zentrales politikwissenschaftliches Thema darstellt. So haben zwar in der Schweiz de jure alle volljährigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger² (mit einigen Ausnahmen) die Möglichkeit, sich zu beteiligen, dennoch sind ihre Teilnahmebedingungen de facto nicht identisch (Lutz, 2006, 48). Zentrale Einflüsse auf die tatsächliche individuelle Partizipation hat die Beteiligungsforschung bisher insbesondere in den Ressourcen, in der Motivation und in der sozialen Einbindung der Individuen eruiert (Verba et al., 1995).

Die Beteiligungsforschung hat sich lange Zeit (fast) ausschliesslich auf die Wahlbeteiligung konzentriert (Barnes und Kaase, 1979b), dieser wird entsprechend auch viel wissenschaftliche Aufmerksamkeit zuteil (Matsusaka und Palda, 1999). Ein deutlich seltener erforschter Bereich der Politikwissenschaft stellt die Partizipation an direktdemokratischen Abstimmungen dar – diese fand in der internationalen Partizipationsforschung aufgrund der lange Zeit in vielen Staaten fehlenden direkten Beteiligungsmöglichkeiten deutlich weniger Beachtung (Szczerbiak und Taggart, 2004, 565). In der Schweiz hingegen nimmt einerseits die Forschung zur direkten Demokratie insgesamt eine deutlich prominentere Rolle ein als in anderen Staaten (Feld und Kirchgässner, 2000; Vatter, 2000, 175), was durch die weitreichenden Beteiligungsmöglichkeiten, ihre häufige Nutzung und ihren grossen Einfluss auf das politische System erklärt werden kann (Hug, 1994; Trechsel, 2007). Andererseits zeigt sich die Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz nur schon aufgrund der niedrigen durchschnittlichen Beteiligung als relevanter Forschungsbereich. So liegt zum Beispiel die durchschnittliche Beteiligung bei eidgenössischen Abstimmungen seit dem Jahr 2000 bei 45.3 Prozent (BFS, 2013b) und lässt somit viel Raum für Erklärungen. Folglich liegt das Ziel dieser Studie in der Erklärung der individuellen Abstimmungsbeteiligung

1 Beteiligung und Partizipation werden in dieser Studie synonym verwendet.

2 In der Folge werden wo möglich neutrale Begriffe verwendet. Wird ausnahmsweise nur die männliche Form genannt, ist die weibliche Form jeweils eingeschlossen.

1. Einleitung

in der Schweiz – wobei wie in Kürze definiert wird, ein spezieller Aspekt der Partizipation an Abstimmungen im Zentrum steht.

1.1. Definition der Abstimmungsbeteiligung

Die Analyse der Abstimmungsbeteiligung bedarf vorgängig der Definition von Beteiligung, von direkter Demokratie sowie der Abstimmungsbeteiligung als Kombination der beiden Konzepte. Kaase (1994, 442) versteht unter Partizipation „alle Handlungen, die Bürger einzeln oder in Gruppen freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems (...) zu beeinflussen und/oder selbst zu treffen“. Diese häufig zitierte Definition schliesst neben der Wahlteilnahme unter anderem auch die Teilnahme bei Volksabstimmungen und an Demonstrationen, aktive oder passive Mitgliedschaft in Verbänden sowie direkte Einflussversuche auf Vertreter der Legislative oder Exekutive ein (Kohout, 2002, 6). Diese verschiedenen Beteiligungsformen lassen sich (unter anderem) in verfasste und unverfasste Partizipationsmöglichkeiten einteilen, wobei Erstere die Partizipationsformen innerhalb eines politisch-institutionellen Rahmens, Letztere die Partizipationsformen ausserhalb dessen beinhalten (Kohout, 2002, 8).

Die Definition der direkten Demokratie erfolgt üblicherweise im Vergleich zur repräsentativen Demokratie. So erklären Schiller und Mittendorf (2002, 12f), dass direkte Demokratie nicht als Gegenstück zur repräsentativen Demokratie verstanden werden sollte und dass sie demnach keine eigene Demokratieform in Konkurrenz zur repräsentativen Demokratie darstellt. Vielmehr sind die direktdemokratischen Instrumente in den „Gesamtrahmen des politischen Systems eingebettet“ (Schiller und Mittendorf, 2002, 36), durch welchen sie beeinflusst werden und den sie selber beeinflussen (Kirchgässner, 2010; Kost, 2013; LeDuc, 2001). Folglich sollte die Terminologie korrekterweise zwischen repräsentativen Demokratien ohne und solchen mit direktdemokratischen Institutionen unterscheiden. Der in der Schweiz üblichen Terminologie folgend wird das repräsentative schweizerische System mit direktdemokratischen Institutionen als ‘halbdirekte Demokratie’ bezeichnet (siehe zum Beispiel Linder (2012) und Vatter (2014)). Des Weiteren weist der Begriff ‘direkte Demokratie’ sowohl eine normative als auch eine deskriptive Verwendung auf. Das Ideal der klassischen

1.2 Relevanz der Forschung zur Abstimmungsbeteiligung

Konzeption direkter Demokratie besteht aus einem System von unmittelbaren Volksabstimmungen, durch die alle politischen Entscheidungen getroffen werden. Dadurch werden alle Entscheidungen durch einen Mehrheitsentscheid des Volkes gefällt, was eine uneingeschränkte Entscheidungsmacht der Bürger mit sich bringt und der Exekutive eine rein administrative Rolle zuweist (Budge, 1996, 37). In einer deskriptiven, den verbreiteten Formen der direkten Demokratie näher kommenden Definition sieht Kost (2013, 24) die „direkte Demokratie [...] grundsätzlich erst einmal [als] ein Zusammenspiel von unterschiedlichen in den jeweiligen Verfassungen und Gesetzen festgeschriebenen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten der Bürgerinnen und Bürger und [...] [als] unmittelbare Einwirkung in einem politischen System auf eine bestimmte Entscheidung“. Sehr treffend ist die Definition von Schiller und Mittendorf (2002, 12f), die ebenfalls vor allem auf die Wichtigkeit der Einbettung in das jeweilige politische System hinweisen, zusätzlich die Verlagerung von einzelnen Entscheidungen in die Stimmbürgerarena betonen und schliesslich die Themenbezogenheit als Kernelement hinzufügen. Dadurch grenzen sie Wahlentscheidungen oder allgemein personelle Entscheidungen (zum Beispiel durch eine Möglichkeit zur Abberufung) ausdrücklich von der direkten Demokratie ab. Entsprechend eröffnen direktdemokratische Instrumente sowie die halbdirekte Demokratie Bürgern und Interessengruppen zusätzliche Optionen zu denjenigen, die ihnen repräsentative Systeme bereitstellen (Kriesi und Wisler, 1996).

Diese Studie stellt wie erwähnt die Analyse der Abstimmungsbeteiligung in den Mittelpunkt, die für die Schweiz als Teil des politisch-institutionellen Rahmens zu den verfassten Partizipationsformen gezählt werden kann. Als solche ist eine bestimmte Ähnlichkeit zur zentralen, am häufigsten untersuchten Form der verfassten Partizipation – der Wahlbeteiligung – zu erwarten.

1.2. Relevanz der Forschung zur Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz

Die im vorangehenden Kapitel beschriebenen erwarteten Ähnlichkeiten der Determinanten der Abstimmungsbeteiligung zur Wahlbeteiligung wirft die Frage auf, worin die Relevanz der Partizipationsforschung einerseits liegt und wieso andererseits die Unterscheidung zwischen Beteiligung an Wahlen und Abstimmungen von Bedeutung sein sollte. Diese Fragen können gemäss Grofman et al.

1. Einleitung

(1999) sowie Lutz (2006) auf verschiedene demokratietheoretische Debatten zurückgeführt werden: Inwiefern ist politische Beteiligung von Individuen relevant? Inwiefern sind Beteiligungsunterschiede zwischen den Individuen relevant? Inwiefern haben Beteiligungsunterschiede bei Wahlen und Abstimmungen Konsequenzen auf die Policy-Outputs? Und inwiefern unterscheiden sich diese Konsequenzen zwischen den beiden Partizipationsformen? Diesen Fragen wird innerhalb dieses Kapitels nachgegangen. Zudem soll schliesslich die Frage beantwortet werden, inwiefern es Sinn macht, die Abstimmungsbeteiligung in der Schweiz zu untersuchen.

1.2.1. Inwiefern ist Beteiligung von Individuen relevant?

Bezüglich der ersten Frage, inwiefern und wieso politische Beteiligung insgesamt relevant und erwünscht ist, erachten alle demokratietheoretischen Schulen ein Mindestmass an Partizipation für notwendig – es stellt quasi ein Definitionsmerkmal von Demokratien dar (Schmidt, 2010, 17). Bezüglich des erwünschten Ausmasses an Beteiligung lassen sich jedoch deutlich unterschiedliche Positionen feststellen. Am ausgeprägtesten sind diesbezüglich die Positionen der elitären Demokratietheorie einerseits und der partizipatorischen Demokratietheorie andererseits, die in der Folge besprochen werden.

Die elitäre oder realistische Demokratietheorie – berühmt sind hier insbesondere die Werke von Joseph Schumpeter und Max Weber – betont die Outputfunktion der Politik, also die Fähigkeit eines Staates, die bestmöglichen Ergebnisse zu erzielen (Kuhn, 2011, 72). Schumpeter erachtet die Volksherrschaft, wie sie zahlreiche Demokratietheoretiker befürworten, als Illusion, da die tatsächlichen Entscheidungen in der Realität immer von einer kleinen Elite gefällt werden. Dies sei insofern auch richtig, als die Bürger als Ganzes nicht in der Lage seien, sinnvolle Entscheidungen zu treffen (Held, 1996, 185). Weil aber die Hauptaufgabe jedes Staates im Finden der bestmöglichen Problemlösungen liege, soll sich das Mitwirken der Bürgerschaft lediglich auf die Auswahl der entscheidenden Eliten beschränken (Cunningham, 2002; Held, 1996; Kornelius und Roth, 2004; Kuhn, 2011). Dabei soll die Elite so ungehindert wie möglich ihrer Tätigkeit nachgehen können: „They [the voters] must not withdraw confidence too easily between elections and they must understand that, once they have elected an individual,

1.2 Relevanz der Forschung zur Abstimmungsbeteiligung

political action is his business“ (Schumpeter, 1976, 295). Der Wettbewerb um die Macht innerhalb der Elite und die Gefahr einer Nichtwiederwahl sorgen dennoch dafür, dass die Herrschenden ihre Macht nicht missbrauchen (Held, 1996, 157f). Die Wähler verfügen in Schumpeters Augen nicht über die notwendigen Anforderungen, die an rational und allgemeinwohlorientiert handelnde Individuen gestellt werden, und können zudem relativ leicht beeinflusst werden. Deshalb profitiert das politische System und die Gesellschaft als Ganze davon, wenn sich nur so viele Individuen beteiligen, wie nötig sind, um eine sinnvolle Auswahl der Eliten sicherzustellen (Schmidt, 2010, 186f). Durch diese Beschränkung der politischen Beteiligung der Bürger auf die Auswahl der Elite wird der Partizipation jeder intrinsische Wert abgesprochen. Direkte Demokratie erachtet die elitäre Schule zudem aufgrund der möglichen Manipulation der Massen durch eine Minderheit als nicht sinnvoll (Held, 1996, 185f). Entsprechend ist politische Beteiligung der Individuen nur insoweit relevant, als sie die Auswahl der Entscheidungsträger legitimiert und den Machtwettbewerb aufrechterhält.

Eine andere Vorstellung von Partizipation verfolgt die partizipatorische Demokratietheorie, indem sie viel stärker auch die Inputkomponente der Partizipation und das Ideal einer möglichst umfassenden „Beteiligung möglichst vieler an möglichst vielem“ (Kornelius und Roth, 2004, 20) betont. Partizipation soll demnach nicht nur der öffentlichen Willensbildung und einer hohen Transparenz dienen. Vielmehr fördert sie die Erziehung der Bürger zu Staatsbürgern durch regelmässige Diskussionen und friedliche Auseinandersetzungen, verstärkt ihre Integration in die Demokratie und führt zu einer grösseren Lebensqualität und zu moralischem Wachstum (Barber, 1984; Kornelius und Roth, 2004, 20; Pateman, 1970; Schmidt, 2010, 238). Somit ist für die partizipatorische Demokratietheorie Partizipation viel mehr als eine Methode zur Auswahl der Eliten, sie ist „ein Wert an sich“ (Habermas et al., 1969).

Die empirische Forschung bestätigt diesbezüglich sowohl Aspekte der elitistischen als auch der partizipatorischen Theorie. Zum Beispiel verdeutlichen zahlreiche Studien, dass die Bürger in der Tat häufig über wenig Informationen zu den allgemeinen politischen Vorgängen oder zu relevanten Abstimmungen verfügen (Bowler et al., 1998; Campbell et al., 1960; Christin et al., 2002; Gruner und Hertig, 1983; Passy, 1993). Andererseits findet das partizipatorische Argument, wonach mehr Partizipation auch zu mehr Informationen auf Seiten

1. Einleitung

der Bürger und zu Staatsbürgerkompetenzen führt, in verschiedenen Studien für die USA (Cronin, 1989; Smith, 2002; Tolbert et al., 2003), die EU (Benz und Stutzer, 2002), die Schweiz (Frey, 1994; Kirchgässner et al., 1999) oder allgemein (Michels, 2011) Unterstützung. Erklärt wird dies üblicherweise durch die zusätzlichen Anreize für die Bürger, sich zu informieren, sowie für die Eliten, Informationen bereitzustellen und zu verbreiten (Cronin, 1989; Feld und Kirchgässner, 2000; Frey, 1994; Kirchgässner et al., 1999).

1.2.2. Inwiefern sind Beteiligungsunterschiede zwischen den Individuen relevant?

Inwiefern erachten die beiden Demokratieschulen demnach Unterschiede in der Beteiligung als relevant? Ist es von Bedeutung, welche Personen partizipieren und welche nicht? Um diese Frage zu beantworten geht Scharpf (1970, 21) von einem politischen System aus, „das politische *inputs* (insbesondere artikulierte Interessen) aus seiner gesellschaftlichen Umwelt aufnimmt und zu politischen *outputs* (insbesondere verbindlichen Entscheidungen) verarbeitet“.³ Aus einer elitistischen Sichtweise kann die Output-orientierte Legitimität als „government for the people“ verstanden werden, die in erster Linie die Fähigkeit, das Allgemeinwohl zu fördern, beinhaltet (Scharpf, 1970, 21; Scharpf, 1999, 16). Dabei ist es insofern weniger von Bedeutung, wer sich an Wahlen beteiligt, als die Repräsentanten unabhängig vom konkreten Willen der Bürger die objektiv bestmöglichen Entscheidungen treffen. Solange sich daher genügend Personen beteiligen, um den Machtkampf innerhalb der Elite aufrechtzuerhalten und die Repräsentanten zu bestimmen, sind die Anzahl und die Präferenzen der Partizipierenden irrelevant (Scharpf, 1970). Aus einer elitistischen, Output-orientierten Sichtweise sind die Möglichkeiten für Verzerrungen des Outputs durch eine ungleiche Beteiligung an Wahlen entsprechend minimal.

Bei der Input-orientierten Legitimität, die entsprechend durch „government by the people“ entsteht, widerspiegeln die politischen Entscheide dagegen den Willen der Bürger möglichst direkt (Scharpf, 1970, 21; Scharpf, 1999, 16). Relevant sind dabei insbesondere die Faktoren Partizipation und Konsens: Problemlösungen werden dadurch gefunden, dass betroffene Personen oder ihre engen

3 Hervorhebungen durch den Autoren.

1.2 Relevanz der Forschung zur Abstimmungsbeteiligung

Vertreter durch Diskussionen und Beratungen zu einem Ergebnis gelangen, das „im gemeinsamen Interesse [aller Betroffenen] liegt“ und dem entsprechend alle zustimmen können (Scharpf, 1999, 17). Dieses Konzept beinhaltet jedoch bei einer grossen Anzahl Betroffener einen Zielkonflikt zwischen der Nähe von Vertretern und Vertretenen und der Findung eines Konsenses. Entweder findet eine kleine Gruppe von Vertretern eine Konsenslösung oder eine grosse Gruppe Direktbetroffener entscheidet mittels Mehrheitsentscheid – beides ist kaum möglich (Scharpf, 1999, 17).⁴ Relevant ist bei diesem Verständnis der Legitimität die adäquate Teilnahme aller Betroffener oder ihrer Vertreter an der Entscheidungsfindung, da ihre Interessen sonst nicht adäquat berücksichtigt werden und keinen Eingang in den Output finden (Lijphart, 1979; Lutz, 2006). So kann bei der Input-orientierten Sichtweise ein verzerrter Input durch Nichtteilnahme bestimmter Bevölkerungsgruppen eine verzerrte Vertretung der Interessen nach sich ziehen. Jedoch enthält das repräsentative System durch die Erbringung von Verhandlungslösungen einerseits die Möglichkeit, durch Kompensationsleistungen konsensnahe Entscheidungen zu treffen (Henke, 2011), und hat andererseits den Auftrag, die bestmöglichen Lösungen für alle zu finden und entsprechend auch die Interessen von Minderheiten miteinzubeziehen. Damit sich ein durch Nichtbeteiligung bei Wahlen verzerrter Input in einen verzerrten Policy-Output übersetzt, müssen daher einige Bedingungen erfüllt sein (Lutz und Marsh, 2007). So müssen sich die Präferenzen der Wähler und Nichtwähler in relevanter Weise unterscheiden, wobei diese Differenzen entweder direkt durch die Gewählten oder indirekt über die Informationen, welche die Wahlresultate bezüglich politischen Präferenzen enthalten, ins politische System übermittelt werden müssen (Lutz und Marsh, 2007). Zudem müssen diese Unterschiede die Repräsentanten in ihren Policy-Entscheidungen beeinflussen, was dann realistisch ist, wenn angenommen wird, dass sich Politiker insbesondere ihren Wählern verpflichtet fühlen (Lijphart, 1979; Lutz, 2006, 2007). Insgesamt zieht Lutz (2007) aber

4 Radikaldemokratische Modelle der Partizipation widersprechen diesem Zielkonflikt und erachten stattdessen objektiv richtige Entscheidungen als möglich (Scharpf, 1970, 26; Schmidt, 2010). Bei Rousseaus Konzeption der *volonté générale* zum Beispiel besteht die Souveränität aus dem Gemeinwillen und kann entsprechend nicht repräsentiert werden (Kobach, 1994, 64). Da alle Repräsentanten unumgänglich einem Partikularwillen folgen, ist eine möglichst umfassende Beteiligung zur Erkennung des Gemeinwillens nötig (Kirchgässner et al., 1999). Zwar liegt die Bürgerschaft in ihren Entscheidungen nicht immer richtig, sie verfolgt jedoch immer das richtige Ziel (Schmidt, 2010).

1. Einleitung

aus diesen Bedingungen die Erkenntnis, dass in der repräsentativen Arena das Parlament selbst bei verzerrter Beteiligung und verzerrter Zusammensetzung die Möglichkeit hat, ausgeglichene, auch die Interessen der Nichtwählenden wahrende Policy-Entscheidungen zu fällen.

Die empirische Forschung liefert bezüglich der Frage, ob sich die Präferenzen von Wählern und Nichtwählern unterscheiden, widersprüchliche Resultate (Lutz und Marsh, 2007, 630). Während zum Beispiel Teixeira (1992) und Wolfinger und Rosenstone (1980) kaum Unterschiede in den Präferenzen der Wähler und Nichtwähler finden, machen andere Autoren (siehe zum Beispiel Bennett und Resnick (1990); Gant und Lyons (1993); Shaffer (1982); Studlar und Welch (1986)) bei den Nichtwählern eine stärkere Präferenz für Wohlfahrtspolitik aus (Lijphart, 1997; Lutz und Marsh, 2007). Auch bezüglich der Auswirkungen auf die Parlaments- und Regierungszusammensetzung finden sich gemischte Resultate. Armingeon (1994, 56) zum Beispiel stellt fest, dass Veränderungen in der Wahlbeteiligung kaum Folgen für die Zusammensetzung von Regierungen oder für die 'Stabilität von politischen Kräfteverhältnissen' haben, während Tawfik und Horber (2010, 75) bei den eidgenössischen Wahlen von 1995 bis 2007 stärkere Präferenzen der Nichtwähler je nach Jahr für die SP, die SVP oder beide Polparteien auf Kosten der moderaten Rechten finden. Bezüglich der effektiven Auswirkungen auf die Policy-Outputs finden jedoch verschiedene Autoren nur geringe Einflüsse (Gant und Lyons, 1993; Shaffer, 1982; Studlar und Welch, 1986).

Insgesamt schliessen Grofman et al. (1999, 63) aus diesen notwendigen Bedingungen für einen Einfluss auf den Output, dass es beinahe unmöglich ist zu bestimmen, inwiefern sich ein Policy-Output durch eine höhere Wahlbeteiligung verändert hätte. Im Unterschied dazu ermöglicht die direktdemokratische Arena den Bürgern direktere Einflüsse auf die Policy-Outputs, da deren Entscheide nicht durch die repräsentative Arena moderiert werden (Lutz, 2006).⁵ Wenn die Präferenzen für und gegen eine Vorlage gleichmässig verteilt sind, wird diejenige Seite gewinnen, die eine grössere Anzahl Gleichgesinnter mobilisieren kann. Dadurch sind potentiell grosse Verzerrungen möglich. Während bei Wahlen also selbst bei verzerrter Beteiligung und verzerrter Zusammensetzung des Par-

5 Je nach Aufbau des politischen Systems und nach Rechtsform des Entscheids ist jedoch eine Einflussnahme der Parlamente oder Gerichte möglich.

1.2 Relevanz der Forschung zur Abstimmungsbeteiligung

laments die Möglichkeit von ausgeglichenen Policies besteht, übertragen sich Verzerrungen in der Beteiligung bei Abstimmungen direkt auf den Policy-Output (Lutz, 2006, 2007). Demnach sind die Konsequenzen von Verzerrungen durch ungleiche Beteiligung auf die Ergebnisse bei Abstimmungen potentiell deutlich grösser als bei Wahlen.

Bezüglich der Schweizer Abstimmungen stellt Di Giacomo (1993, 266ff) empirisch fest, dass sich bei 20 Prozent der Vorlagen der 1980er Jahren die Präferenzen der Nichtstimmenden von den Präferenzen der Stimmenden unterscheiden und dass in 10 Prozent der Vorlagen das Resultat anders hätte lauten können, wenn sich die Nichtstimmenden beteiligt hätten. Die Präferenzen zwischen Wählern und Nichtwählern dürfen jedoch nicht direkt verglichen werden, weil sich Nichtwähler häufig noch wenig Gedanken zum Thema gemacht haben und nicht informiert sind (Lijphart, 1979; Lutz und Marsh, 2007). Unter Berücksichtigung dieser Einschränkungen finden auch Lutz und Marsh (2007, 630) Evidenz dafür, dass sich die Präferenzen der Stimmenden und Nichtstimmenden sowie der Informierten und Nichtinformierten teilweise unterscheiden. In 35 Prozent aller von ihnen untersuchten Abstimmungen finden sich signifikante Unterschiede in den Präferenzen zwischen Stimmenden und Nichtstimmenden, in 41 Prozent zwischen Informierten und Nichtinformierten und in 17 Prozent sowohl zwischen Stimmenden und Nichtstimmenden als auch zwischen Informierten und Nichtinformierten. Eine vollständige Teilnahme hätte die Zustimmung um maximal 10 Prozentpunkte verändert, während der Informationseffekt sogar zu einer Veränderung des Ergebnisses um bis zu 25 Prozentpunkte hätte führen können (Lutz und Marsh, 2007). Bei vollständiger Beteiligung oder Information wären drei Vorlagen anders ausgegangen, wobei vor allem die 'Jahrhundert-Abstimmung' 1992 zum EWR zu nennen ist, die bei vollständiger Information der Bürger angenommen worden wäre (Lutz und Marsh, 2007, 630).

Zusammenfassend kann die Relevanz der Forschung zur Abstimmungsbeteiligung auf die Frage zurückgeführt werden, ob eine unvollständige Beteiligung andere Ergebnisse liefert als eine vollständige Partizipation. Während die elitistische Demokratietheorie diese Frage kaum für relevant hält, da sie der direkten Demokratie insgesamt schlechte Ergebnisse zuschreibt, hat aus einer Inputorientierten Sichtweise die Frage, wer sich beteiligt und wer abstinent bleibt, deutliche Auswirkungen auf das Ergebnis von Abstimmungen und folglich auf

1. Einleitung

den Policy-Output. Wird daher – der Situation in der Schweiz entsprechend – die Möglichkeit von direktdemokratischen Abstimmungen als gegeben erachtet, wird die Abstimmungsbeteiligung durch ihre möglichen Einflüsse auf die Resultate auch aus einer Output-orientierten Sicht relevant.

1.2.3. Vor- und Nachteile der Untersuchung der Abstimmungsbeteiligung anhand der Schweiz

Schliesslich stellt sich die Frage nach den Vor- und Nachteilen einer Untersuchung der Abstimmungsbeteiligung anhand der Schweiz. Dagegen spricht, dass die Schweiz gemäss Bogdanor (1994, 24) „the exception to almost every generalization“ darstellt. Die direkte Demokratie ist in der Schweiz breit akzeptiert und ihren Institutionen wird eine unüblich grosse Bedeutung zugemessen (Feld und Kirchgässner, 2000; Vatter, 2000, 175), während sich zum Beispiel in der EU keine Mehrheiten dafür finden lassen (Armingeon, 2009, 433). In den meisten Staaten stellen Abstimmungen daher etwas Seltenes, Aussergewöhnliches dar, weshalb die Leute keine eigentliche ‘Übung’ im Abstimmen entwickeln (Laycock, 2013, 3). Aufgrund dieser Unterschiede ist eine Verallgemeinerung der Resultate aus der Schweiz schwierig.

Wie jedoch in Kürze anhand des aktuellen Forschungsstandes gezeigt werden wird, gestalten sich international vergleichende Studien zur direkten Demokratie aufgrund der unterschiedlichen Ausgestaltung der direktdemokratischen Institutionen in den einzelnen Staaten ebenfalls schwierig und sind entsprechend selten (Bühlmann et al., 2003). Aus diesem Grund werden die direkte Demokratie und die Beteiligung an direktdemokratischen Verfahren mehrheitlich anhand von einzelnen Staaten untersucht. Wenn jedoch einzelne Länder untersucht werden müssen, bietet sich der schweizerische Kontext gerade wegen der angesprochenen Sonderstellung der direkten Demokratie zur Untersuchung an. Nirgendwo sonst werden auf nationaler Ebene so viele Volksabstimmungen durchgeführt wie in der Schweiz. Zwischen 1900 und 1993 fand ungefähr die Hälfte aller weltweit auf nationaler Ebene durchgeführten Volksabstimmungen in der Schweiz statt (Butler und Ranney, 1994a). Da in dieser Studie nicht die Beteiligung an einer spezifischen Abstimmung, sondern die Teilnahme an mehreren Abstimmungen – in der Folge als Abstimmungsneigung bezeichnet und in Kapitel 2.1

definiert – untersucht werden soll, stellen regelmässig und häufig stattfindende Abstimmungen eine notwendige Bedingung für die Fallauswahl dar. Zudem ist die Schweiz einer der Staaten mit der niedrigsten Wahl- und Stimmbeteiligung überhaupt, wodurch sich erstens die Relevanz der Forschung zur Nichtbeteiligung vergrössert (Lutz und Marsh, 2007, 630) und andererseits das Sample der Nichtteilnehmenden eine beachtliche Grösse aufweist.

Daher ist vielleicht weniger der erste Teil des bereits erwähnten Zitats von Bogdanor (1994, 24) zentral, sondern eher der zweite, bisher noch unerwähnte: „Switzerland, the exception to almost every generalization, can be regarded indeed as a test case, illustrating the implications of taking the idea of popular sovereignty seriously.“ Die Schweiz stellt somit nicht das perfekte Untersuchungsfeld für vereinzelte direktdemokratische Abstimmungen dar, kann aber sehr wohl zur Untersuchung der Beteiligung im Rahmen von regelmässigen Volksabstimmungen herangezogen werden.

1.3. Forschungsstand

Nachdem die Begrifflichkeiten und die Relevanz des Forschungsthemas diskutiert worden sind, soll nun der Forschungsstand zur Beteiligung an direktdemokratischen Abstimmungen besprochen werden. Beginnend mit einem Überblick über die internationale Forschung wird anschliessend separat die Forschung in der Schweiz vorgestellt, die sich aufgrund der speziellen Ausprägungen der direktdemokratischen Elemente in der Schweiz und vor allem auch durch deren regelmässige Nutzung auf nationaler Ebene insbesondere in ihrem relativen Umfang von der internationalen Forschung unterscheidet. Dabei sollen einerseits die zentralen Erklärungsansätze der bisherigen Forschung zur Abstimmungsbeteiligung verdeutlicht und andererseits bestehende Forschungslücken identifiziert werden.

1.3.1. Internationaler Forschungsstand zur Beteiligung an direktdemokratischen Abstimmungen

Die internationale Partizipationsforschung interessiert sich traditionell hauptsächlich für Wahlbeteiligung, was zum Beispiel Szczerbiak und Taggart (2004, 565) beklagen: „[T]he academic literature on ballot turnout tends to be focused

1. Einleitung

on explaining *election* rather than *referendum* turnout.“⁶ Die Forschung zur Abstimmungsbeteiligung konzentriert sich entsprechend nicht überraschend auf diejenigen Staaten, in denen direktdemokratische Verfahren entweder häufig durchgeführt werden oder zur Beantwortung wichtiger Fragen herangezogen worden sind. Ausserhalb der Schweiz sind dies üblicherweise insbesondere die USA, die zwar als eines der einzigen Länder auf Ebene der Nationalstaaten nie ein Referendum durchgeführt haben, in mehreren Bundesstaaten direktdemokratische Verfahren jedoch häufig nutzen (Ranney, 1978). Im Zentrum der Beteiligungsforschung stand in den USA lange Zeit das *drop-off*, also die Enthaltung einzelner Bürger bei einem Teil der Wahlen und Abstimmungsvorlagen. Diese nehmen darum in den USA eine wichtige Stellung ein, weil Abstimmungen häufig zeitgleich mit Wahlen stattfinden, wodurch die direkt durch die Volksabstimmungen bedingte Beteiligung schwierig zu messen ist (Hertig, 1981, 13). In Europa erhält die direkte Demokratie insbesondere in Kombination mit der Entwicklung der Europäischen Union eine besondere Relevanz, indem sie „als wesentliches Vehikel [gilt], um das oft thematisierte Demokratiedefizit“ der EU abzubauen (Wagschal, 2007, 41). Dementsprechend sorgen insbesondere die Entscheidungen im Rahmen von Beitritten zur EU und der Anerkennung der EU-Vertragswerke für eine stärkere Verbreitung von Volksabstimmungen in Europa und zu entsprechender Forschung (Hug und Sciarini, 2000; Wagschal, 2007).

Die Präsentation des Forschungsstands bezüglich der Abstimmungsbeteiligung nimmt bereits eine theoretische Verortung der Hauptresultate der Studien vorweg, indem die Studien entlang ihrer Hauptergebnisse präsentiert werden. So basiert die traditionelle Wahl- und Abstimmungsforschung üblicherweise auf dem mikrosoziologischen Ansatz, dem sozialpsychologischen Ansatz und dem Modell des rationalen Wählers (Hardmeier, 1995; Klöti und Linder, 1998, 132). Während zuerst diejenigen Studien vorgestellt werden, welche die Unterschiede in der Abstimmungsbeteiligung deskriptiv aufzeigen oder diese mit der Wahlbeteiligung vergleichen und demnach institutionelle Gründe für die Unterschiede herausstreichen, sollen anschliessend diejenigen Studien wiedergegeben werden, welche die individuellen Unterschiede in der Abstimmungsbeteiligung zuerst durch mikrosoziologische oder sozialpsychologische, anschliessend durch Rational-Choice-Faktoren erklären.

6 Hervorhebungen durch die Autoren.

1.3.1.1. Institutionelle Einflüsse auf die Abstimmungsbeteiligung

Bereits 1978 präsentieren Butler und Ranney (1978b) in ihrem Sammelband diverse Artikel, welche die Referendumstätigkeit in zahlreichen europäischen und aussereuropäischen Staaten beschreiben und analysieren. Bezogen auf die Stimmbeteiligung weisen die Autoren darauf hin, dass in den meisten Staaten Abstimmungen zeitlich unabhängig von Wahlen stattfinden und dass die Stimmbeteiligung mehrheitlich nur leicht unter der Wahlbeteiligung liegt. Weiter erklären sie, dass die Beteiligung in den beobachteten Abstimmungen trotz teilweise deutlich vorhersagbaren Ergebnissen erstaunlich hoch ist und dass lediglich in Australien und der Schweiz eine Stimmüdigkeit festzustellen ist (Butler und Ranney, 1978a).

Lee (1978) untersucht Abstimmungen in Kalifornien und vergleicht ihr *drop-off* mit dem der üblicherweise gleichzeitig stattfindenden Wahlen oder Vorwahlen. Dabei betont er, dass sich weniger als 10 Prozent der Urnengänger bei Abstimmungen enthalten, wobei die effektive Stimmbeteiligung bei zeitgleichen Präsidentschafts- oder Gouverneurswahlen niedriger ist als die Wahlbeteiligung, bei Parlaments- oder Kongresswahlen ähnlich hoch ist wie diese. Für Initiativen zeigt sich eine deutlich höhere Beteiligung als für Referenden, was er dadurch erklärt, dass sie stärker umstritten sind, darum eine grössere Aufmerksamkeit geniessen und die Leute somit eher zu einer Teilnahme animieren (Lee, 1978).

Ähnliche Resultate wie Lee (1978) findet auch Hertig (1981, 13) für die USA. So nahm zwischen 1976 und 1979 die Hälfte der registrierten Wähler an Abstimmungen teil, wenn diese gleichzeitig mit Wahlen stattfanden, während die durchschnittliche Beteiligung an reinen Sachabstimmungen lediglich 28 Prozent betrug. Bezüglich des *drop-offs* stellt Hertig (1981) fest, dass der Anteil an Enthaltungen bei Initiativen mit 8 Prozent und bei Referenden mit 13 Prozent deutlich höher ist als bei Wahlen mit 3 Prozent.

Auch in der Studie von Magleby (1994) werden in den USA auf langen Wahlscheinen die direktdemokratischen Entscheide oft nicht ausgefüllt, was er jedoch eher darauf zurückführt, dass die Abstimmungsfragen erst am Ende des Wahlscheins aufgeführt werden.

Bowler und Donovan (1998) finden zudem wie bereits Lee (1978) und Hertig (1981, 13) Unterschiede bezüglich des *drop-offs* zwischen den direktdemokratischen Instrumenten. So zeigen sie in ihrer Untersuchung von 190 Abstimmungen

1. Einleitung

in Kalifornien insbesondere ein deutlich geringeres *drop-off* bei Initiativen als bei Referenden und ein deutlich höheres bei konstitutionellen Fragen verglichen mit allen übrigen Vorlagenthemen (Bowler und Donovan, 1998, 53).

In der Neuauflage ihres Sammelbandes von 1978 ergänzen Butler und Ranney (1994b) ihre Länderliste um weitere nichteuropäische Staaten und stellen dabei fest, dass die meisten Staaten bereits in irgendeiner Form – sei es ad hoc oder als regulärer Teil der Regierungs- oder Gesetzgebungstätigkeit – ein Referendum abgehalten haben. In allen zwölf untersuchten Staaten liegt die durchschnittliche Stimmbeteiligung zwischen 1945 und 1993 jedoch niedriger als die Wahlbeteiligung und sinkt zudem seit 1986 verglichen mit dieser weiter ab (Butler und Ranney, 1994a).

Einen weiteren Einblick in die Unterschiede in der Abstimmungsbeteiligung zwischen den verschiedenen Staaten Europas liefert der Sammelband von Gallagher (1996a). In diesem fehlt zwar eine umfassende, vergleichende Betrachtung der Beteiligung, jedoch verdeutlichen die Beschreibungen der einzelnen Staaten diesbezüglich relevante Unterschiede. Auch hier zeigt sich für die meisten Staaten eine deutlich niedrigere Abstimmungs- als Wahlbeteiligung (Gallagher, 1996b; Ruin, 1996), wobei die Partizipation an beiden Beteiligungsformen jedoch häufig parallel verläuft (van Holsteyn, 1996). Für Italien stellt Uleri (1996) sehr grosse Schwankungen – bis zu 44 Prozentpunkte – in der Abstimmungsbeteiligung zwischen verschiedenen Regionen, insbesondere zwischen dem Norden und dem Süden des Landes, fest.

LeDuc (2002, 716) betont, dass die Stimmbeteiligung von einem Termin zum nächsten viel stärker variieren kann als die Wahlbeteiligung, wobei einzelne Vorlagen wie zum Beispiel das kanadische Verfassungsreferendum von 1992, das norwegische Referendum zur EU-Mitgliedschaft von 1994 sowie die dänischen Referenden zum Abkommen von Edinburgh 1993 und dem Euro 2000 zu besonders hohen Beteiligungsquoten geführt haben. Er deutet diese Ergebnisse dahingehend, dass die Wählenden nicht unbedingt mit den Stimmenden identisch sein müssen.

Die Relevanz der Partizipation legen schliesslich auch Szczerbiak und Taggart (2004) dar, welche die Stimmbeteiligung zum Beitritt der zehn Staaten der fünften EU-Erweiterungsrunde untersuchen und vermuten, dass diese Staaten aufgrund ihrer (teilweise) kommunistischen Vergangenheit eine spezielle Unterkategorie